

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #15

September 2019

Landtagswahl Brandenburg 2019

Ergebnisse und Analysen

DR. SEBASTIAN BUKOW

Das **boell.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.

Das **boell.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».

Datengrundlage

Die Schnellanalyse zur Landtagswahl Brandenburg basiert, soweit nicht anders angegeben, auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD und Forschungsgruppe Wahlen sowie auf Daten des Landeswahlleiters.

Dank

Dieser boell.brief ist unter Mitarbeit von Joschua Helmer, Jana Heyde und Ole Meinefeld entstanden – dafür herzlichen Dank!

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung	3
2	Wahlergebnis.....	4
	2.1 Stimmverteilung	4
	2.2 Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven	6
3	Politische Stimmung vor der Wahl	8
	3.1 Allgemeine Stimmung und Regierungszufriedenheit	8
	3.2 Themen und Kompetenzzuschreibung	9
4	Wahlverhalten im Detail	11
	4.1 Motive der Wahlentscheidung.....	11
	4.2 Wählerwanderung	11
	4.3 Soziodemographische Befunde	12
	4.4 Regionale Befunde.....	13
5	Anhang: Wählerwanderung im Detail.....	15

1 Zusammenfassung

› Wahlergebnis ‹

Mit der Wahl verändert sich das Parteiensystem und der Parteienwettbewerb in Brandenburg. Mit SPD und AfD konkurrierten eine staatstragende und eine rechtspopulistische Partei um die Vorrangstellung im Land. Die SPD konnte im Wahlkampf sowohl von Ministerpräsident Dietmar Woidke als auch von der Zuspitzung „SPD oder AfD“ profitieren und sichert sich trotz relativer Verluste die Spitzenposition. Während SPD und AfD von diesem Duell profitieren, verlieren alle anderen Parteien in diesem Endspurt an Unterstützung (im Vergleich zu den Vorwahlumfragen). Bei stark gesteigener Wahlbeteiligung können bis auf CDU und Linke alle im Parlament vertretenen Parteien an Stimmen zugewinnen. Die AfD reüssiert als rechte Protestpartei und gewinnt sowohl von den anderen Parteien (insb. CDU) wie auch aus der Gruppe der Nichtwähler/innen hinzu. Starke Zugewinne verzeichnen auch die Grünen, die mit 10,8 Prozent in Brandenburg nicht nur ihr bislang stärkstes Ergebnis erzielen, sondern auch knapp vor der Linken (10,7 Prozent) landen und zudem ein Direktmandat erringen. Die Freien Wähler ziehen erstmals in Fraktionsstärke in den Brandenburger Landtag ein. Klare Wahlverlierer sind die an der Landesregierung beteiligten Linken (-7,9 Prozentpunkte) sowie die CDU (-7,4 Prozentpunkte), und die FDP scheitert trotz Zuwächsen an der Fünf-Prozent-Klausel.

› Wahlbeteiligung ‹

Der Trend einer steigenden Wahlbeteiligung war auch bei der Landtagswahl in Brandenburg deutlich. Mit der zunehmenden Polarisierung geht eine stark gestiegene Politisierung im Land einher. Mit gut 61 Prozent ist die Wahlbeteiligung um rund 13,5 Prozentpunkte höher als 2014, wobei die Beteiligung 2014 auch im Ländervergleich historisch niedrig war. Alle im Parlament vertretenen Parteien profitieren im Saldo von der Mobilisierung vormaliger Nichtwähler, besonders deutlich dabei die AfD.

› Parlament & Regierungsbildung ‹

Die SPD bleibt mit 25 Abgeordneten stärkste Kraft im Landtag, gefolgt von AfD (23 Sitze) und CDU (15 Sitze). Grüne und Linke sind mit je 10 Mandaten vertreten, die BVB/Freien Wähler mit 5. Die bisher regierende SPD-Linke-Koalition hat ihre Mehrheit klar verloren, rechnerisch und politisch sind vier Koalitionen nicht auszuschließen: SPD-Grüne-Linke, SPD-CDU-Grüne, SPD-CDU-Linke sowie SPD-CDU-BVB/FW. Es wird mit schwierigen Sondierungen bzw. Koalitionsverhandlungen gerechnet. Eine Regierungsbeteiligung der AfD ist nicht zu erwarten.

› Politische Stimmung & Wahlmotive ‹

Die Landtagswahl ist von einer diffusen, in den Ost-West-Diskurs eingebetteten Stimmungslage geprägt. Eine hohe ökonomische und regionale Zufriedenheit trifft dabei auf ein diffuses Gefühl der kulturell-gesellschaftlichen Ungleichheit und Diskriminierung als „Ostdeutsche“. Wie zuvor zeichnen sich AfD-Wähler durch eine besonders skeptische Perspektive aus, mit Ausnahme der Kernfrage „Klimawandel“: Diesen sehen vor allem Grünen-Wähler/innen als Gefahr, die AfD liegt hier als Klimawandel-Leugner am entgegengesetzten Pol der Konfliktdimension.

› Regionale Spaltungen & soziodemografische Aspekte ‹

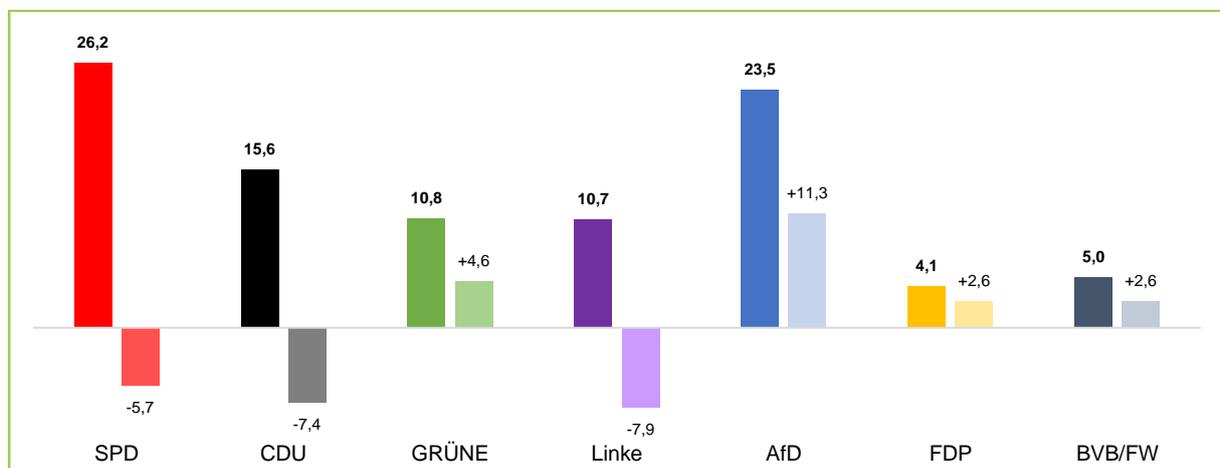
Die stärksten Unterschiede zeigen sich zwischen AfD und Grünen: Während die AfD vor allem männliche Wähler mittleren Alters in strukturschwach-ländlichen Regionen für sich gewinnt, liegt die Stärke der Grünen in jüngeren, urbanen Wählermilieus, wobei sie überdurchschnittlich stark von Frauen gewählt werden.

2 Wahlergebnis

2.1 Stimmverteilung

Der SPD ist es im Wahlkampf-Endspurt gelungen, die Spitzenposition als stärkste Kraft zu halten, muss jedoch im relativen Ergebnis klare Verluste hinnehmen (26,2 Prozent / -5,7 Prozentpunkte). Ebenfalls starke Verluste verzeichnet die CDU, die mit 15,6 Prozent nur noch dritte Kraft im Land ist (-7,4 Prozentpunkte). Die AfD hat im Vergleich zu 2014 stark gewonnen und ist mit 23,5 Prozent zweite Kraft im Land (+11,3 Prozentpunkte). Mit 10,8 bzw. 10,7 Prozent sind Grüne bzw. Linke fast gleichauf. Während dies für die Grünen das historisch beste Ergebnis in einem ostdeutschen Flächenland ist (+4,6 Prozentpunkte), ist das Ergebnis für die Linke eine herbe Niederlage (-7,9 Prozentpunkte). Den Freien Wählern gelingt nicht nur der Wiedereinzug in den Landtag, sie sind darüber hinaus nun auch in Fraktionsstärke vertreten. Die FDP scheitert erneut an der Fünf-Prozent-Hürde.

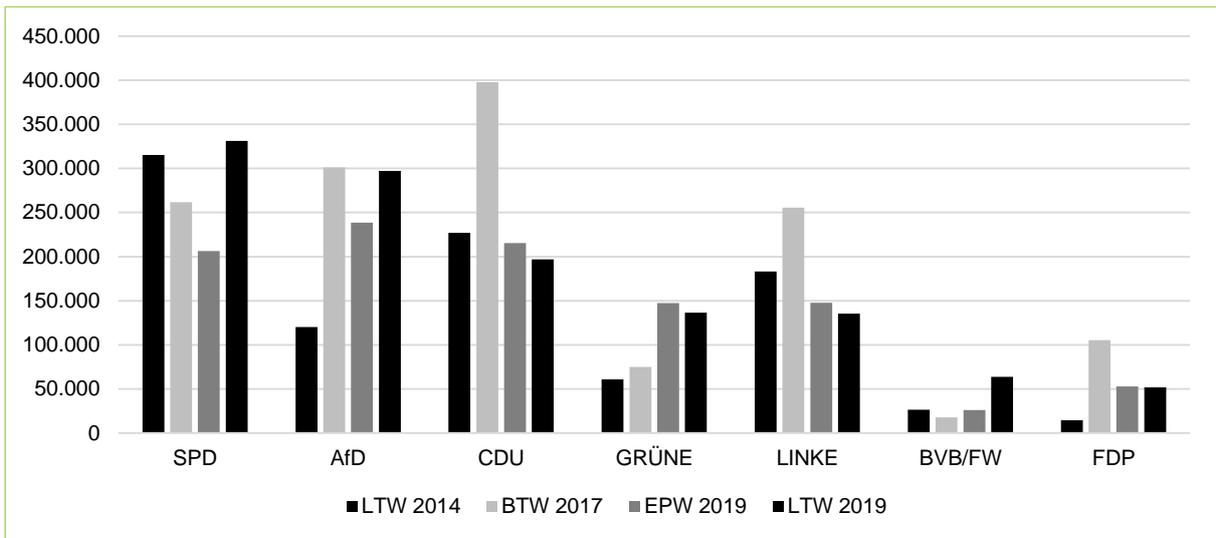
Abbildung 1: Wahlergebnis Brandenburg 2019



Ergebnisse der Landtagswahl Brandenburg am 1. September 2019 (Zweitstimmenanteile in Prozent; Vorläufiges amtliches Endergebnis; Veränderungen zur Landtagswahl 2014 in Prozentpunkten (gerundet); Datengrundlage: Landeswahlleiter.

Die Wahlbeteiligung ist mit 61,3 Prozent um rund 13,5 Prozentpunkte höher als 2014. Damit verbunden ist in diesem Fall ein Blick auf die absoluten (Zweit-)Stimmergebnisse lohnend, gerade auch mit Blick auf die letzten Bundestags- und Landtagswahlen (vgl. Abbildung 2). Hier zeigt sich im Landtagswahlvergleich (2019 zu 2014), dass nach der historisch niedrigen Wahlbeteiligung 2014 alle Parlamentsparteien an Stimmen hinzugewonnen haben, mit Ausnahme von CDU und Linke. Der Blick auf die AfD-Stimmen zeigt dabei deutlich, dass die Partei seit der Bundestagswahl 2017 in Brandenburg ein hohes Maß an Stimmenausschöpfung erreicht hat: wie bei der Bundestagswahl 2018 entschieden sich auch bei der Landtagswahl 2019 rund 300.000 Wähler/innen für die AfD (LTW 2014 ca. 120.000, EPW 2019 ca. 238.000). Besonders deutlich sind die Zugewinne der Grünen, sie können im Vergleich zu 2014 ihr absolutes Stimmergebnis mehr als verdoppeln (ca. 136.000 / +75.500), bleiben aber leicht hinter den absoluten Stimmen der EP-Wahl zurück, was auch eine Folge der SPD-AfD-Polarisierung im Wahlkampf sein dürfte.

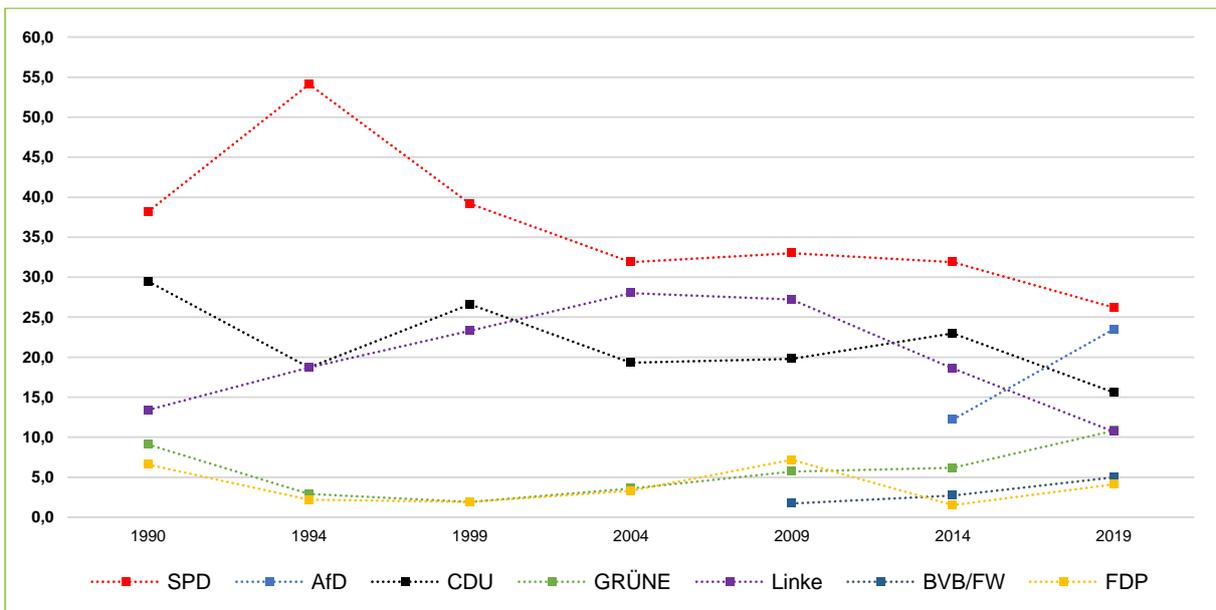
Abbildung 2: Absolute (Zweit-)Stimmen im Vergleich



Absolute (Zweit-)Stimmen der Landtagswahlen 2014/2019 sowie der Bundestagswahl 2017 sowie der Europawahl 2019 im Vergleich; Datengrundlage: Landeswahlleiter, election.de.

Im langfristigen Trend werden die Veränderungen der Parteienlandschaft in Brandenburg deutlich. Die SPD, lange Zeit die dominante Partei im Land, hat ihre Vormachtstellung verloren. Ihre vormaligen Hauptkonkurrenten, Linke und CDU, spielen im direkten Wettbewerb um Platz eins keine Rolle mehr. Der Wettbewerb um die Spitzenposition wurde nunmehr von einer regierungswilligen Partei (SPD) und einer rechten Protest- und Oppositionspartei ohne Regierungsperspektive (AfD) ausgetragen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Wahlergebnisse Brandenburg im Zeitverlauf



Stimmanteile ausgewählter Parteien bei den Landtagswahlen Brandenburg (in Prozent); Quelle: Landeswahlleiter, wahlrecht.de.

2.2 Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven

Im Parlament sind mit SPD, AfD, CDU, Grünen, Linke und BVB/Freie Wähler erneut sechs Parteien bzw. Wählerlisten mit insgesamt 88 Abgeordneten vertreten (vgl. Tabelle 1).¹

Zu Jahresbeginn hat die Debatte um das Parité-Gesetz zur gleichen Vertretung von Männern und Frauen im Landtag bundesweit Aufmerksamkeit erlangt. Als erstes Bundesland hat Brandenburg für Landeslisten eine Geschlechterparität festgeschrieben (ab 2020). Der Blick auf Tabelle 1 zeigt aber: Zum einen sind für zwei Parteien (SPD, AfD) Listenplätze kaum relevant, zum anderen ist die Frauenquote im Parlament mit knapp 32 Prozent weiterhin gering. Lediglich Grüne und Linke sind geschlechterparitätisch im Parlament vertreten. Trotz der Debatte um das Parité-Gesetz ist damit der Frauenanteil im Brandenburger Landtag im Vergleich zu den Vorwahlen erneut gesunken (den höchsten Anteil hatte der Landtag nach der Wahl 2004 mit knapp 41 Prozent). Das Problem ungleicher Repräsentation besteht dabei nicht nur im Parlament: Der Anteil der Bewerberinnen in den Wahlkreisen bzw. auf den Listen ist ebenfalls weit von einer Parität entfernt (Frauenanteil WK-Bewerber/innen: 30,4 Prozent; Listen-Bewerber/innen: 35,5 Prozent), von insgesamt 416 Bewerber/innen sind nur 137 weiblich. Frauen sind damit sowohl bei den Wahlvorschlägen wie auch im neu gewählten Landtag deutlich unterrepräsentiert – was nicht nur mit Blick auf das stark unterschiedliche Wahlverhalten von Frauen und Männern ein weiterhin zu diskutierender Aspekt sein dürfte (vgl. 4.3).

Tabelle 1: Sitzverteilung & Frauenanteil

	Sitzverteilung			Mandatsträgerinnen	
	Sitze	davon direkt	Gewinn/Verlust	Absolut	Anteil
SPD	25	25	-5	7	28,0
AfD	23	15	+12	5	21,7
CDU	15	2	-6	4	26,7
Grüne	10	1	+4	5	50,0
Linke	10	0	-7	5	50,0
BVB/FW	5	1	+2	2	40,0
Insgesamt	88	44	0	28	31,8

Sitze (absolut) sowie Mandatsträgerinnen (absolut; Anteil in Prozent); Quelle: Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis) & eigene Erhebung.

Mit der Wahl hat die bisherige Regierungskoalition von SPD und Linken ihre Mehrheit verloren. Damit stellt sich nun die Frage nach künftigen Regierungsmehrheiten im Land. Diese Frage ist gegenwärtig noch nicht klar zu beantworten, die Regierungsbildung wird sich nicht einfach gestalten. Eine politisch und rechnerisch mögliche Koalition wäre ein Mitte-Links-Bündnis von *SPD, Grünen und Linken*. Mit 45 von 88 Sitzen verfügt dieses Bündnis jedoch über eine denkbar knappe Mehrheit. Dazu kommt, dass die Linke – erstmalig auf Platz 5 abgerutscht – mit ihrem historisch schlechtesten Ergebnis in Brandenburg eine herbe Niederlage als Regierungspartei zu verarbeiten hat. Als zweite Option wäre eine Koalition von *SPD, CDU und Grünen* möglich. Diese Koalition würde mit 50 von 88 Sitzen über eine stabile Mehrheit verfügen, ist jedoch politisch nicht unproblematisch, da insbesondere die Grünen als kleinster Koalitionspartner in zentralen Fragen von SPD und CDU abweichen (sowohl die Parteipositionen als

¹ Der Brandenburger Landtag besteht aus mindestens 88 Sitzen, wobei 44 Mandate in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über geschlossene Listen vergeben werden. Die Sperrklausel liegt bei 5 Prozent bzw. mindestens ein Direktmandat (Ausnahme: Wahlvorschläge der Sorben). Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre. Wie bei der Bundestagswahl vergleichbar hat jede/r Wähler/in zwei Stimmen (Erststimme: Wahlkreiskandidat/in; Zweitstimme: Landesliste). Das aktive Wahlrecht liegt bei 16, das passive Wahlrecht bei 18 Jahren. Das rechtlich umstrittene, im Januar 2019 vom Brandenburger Landtag beschlossene Parité-Gesetz, das die Parteien dazu verpflichtet, gleich viele Frauen und Männer als Kandidaten auf den Landeslisten aufzustellen, tritt erst zum 30. Juni 2020 in Kraft, so dass es bei dieser Landtagswahl noch nicht rechtswirksam ist.

auch die Präferenzen der Wählerschaft weichen beim grünen Kernthema der Umwelt- und Klimapolitik ab, insbesondere bei der Frage des Braunkohletagebaus). Dazu kommt, dass mit SPD und CDU zwei Parteien in der Koalition wären, die gerade durch die Berliner GroKo-Situation an Zustimmung eingebüßt haben. Über eine vergleichbare Mehrheit von 50 Sitzen, politisch aber wenig wahrscheinlich, wäre zudem eine Koalition von *SPD, CDU und Linke*. Schließlich bleibt als vierte Option ein bürgerliches Bündnis von *SPD, CDU und BVB/FW*. Dieses verfügt jedoch mit 45 Sitzen ebenfalls nur über eine denkbar knappe Mehrheit. Zudem ist unklar, inwieweit die Freien Wähler – wie etwa in Bayern – eine Regierungsbeteiligung anstreben.

Wie die Exit-Poll-Befragung von infratest dimap zeigt, erfreut sich keine der genannten Optionen übermäßiger Beliebtheit. Während insgesamt 38 Prozent eine Koalition von SPD, Grünen und Linken gut fänden, liegen die Werte für die übrigen Optionen deutlich niedriger (SPD, CDU, Grüne: 26 Prozent; SPD, CDU, Linke: 21 Prozent; SPD, CDU, BVB/FW: nicht abgefragt). Wähler/innen der Grünen bewerten dabei die Option SPD, Grüne, Linke deutlich positiver als die Option SPD, CDU, Grüne (72 bzw. 47 Prozent „gut“).

Dies zeigt: Die Regierungsbildung in Brandenburg kann sich als schwierig erweisen. Klar ist dabei, dass die SPD auch weiterhin den Ministerpräsidenten stellen wird – und dies, obwohl die Mehrheit der Brandenburger/innen vor der Wahl eine erneute Regierungsführung durch die SPD ablehnt (andere Partei soll führen: 52 Prozent; SPD soll führen: 41 Prozent; infratest dimap Vorwahlbefragung). Allerdings, und dies dürfte der SPD bei den Sondierungen helfen: Zugleich ist eine Mehrheit der Auffassung, dass Dietmar Woidke ein guter Ministerpräsident ist (nur Anhänger der AfD sind hier mehrheitlich kritisch; infratest dimap Vorwahlbefragung).

3 Politische Stimmung vor der Wahl

3.1 Allgemeine Stimmung und Regierungszufriedenheit

Die Landtagswahl 2019 fand unter schwierigen Bedingungen statt. Während harte ökonomische Fakten eine untergeordnete Rolle spielten, sind es vor allem Stimmungen und Empfindungen, die die Wählerinnen und Wähler bewegen. Dazu kommt eine bundespolitische Lage, die vor allem SPD und CDU Schwierigkeiten bereiten.

Wirtschaftlich steht Brandenburg alles in allem auch bei dieser Landtagswahl gut da, die Bürger/innen bewerten die Lage ihres Bundeslandes ganz überwiegend positiv (hier und nachfolgend: infratest dimap Vorwahlbefragung). Auch die individuelle wirtschaftliche Lage wird überwiegend positiv bewertet, lediglich Anhänger/innen der AfD sehen ihre eigene Lage überwiegend negativ (insgesamt: 58 zu 38 Prozent positiv / negativ; AfD: 40 zu 60 Prozent positiv / negativ). Nur 12 Prozent sind dabei der Einschätzung, dass sich die Lebensumstände in der Region insgesamt verschlechtert haben (verbessert: 37 Prozent; unverändert: 50 Prozent). Bemerkenswert ist dabei, dass bei allen Parteien die Zahl der positiv gestimmten Anhänger/innen größer ist. Selbst bei der AfD ist die Wahrnehmung einer Verbesserung ausgeprägter, wenngleich der Anteil der negativen Einschätzung hier am stärksten ausgeprägt ist (AfD: 33 Prozent verbessert; 43 unverändert; 24 verschlechtert). Ebenfalls bemerkenswert ist, dass trotz dieser insgesamt positiven Wahrnehmung der regionalen Situation 86 Prozent der Befragten von der Politik erwarten, dass mehr für die Verbesserung der Lebensbedingungen in der eigenen Region getan wird. Hier zeigt sich sehr deutlich, wie die Debatten im Vorfeld der Wahl eine diffuse Gefühlslage befördert haben, in der ein Handlungsbedarf eingefordert wird, auch wenn die Lage eigentlich positiv wahrgenommen wird: Nur 19 Prozent finden, dass es in ihrer Region immer weiter bergab geht, nur 12 Prozent beklagen eine generelle Verschlechterung der Lebensumstände in ihrer Region, aber 86 Prozent erwarten, dass die Politik mehr für ihre Region tun müsse.

Mit Blick auf diese Zahlen ist zu konstatieren: Es sind weder die konkreten individuellen ökonomischen Umstände noch die subjektive Wahrnehmung des regionalen Umfelds, die die Stimmung vorab prägten. Dabei zeigt sich, ohne dies im Detail hier ausführen zu können: Anhänger/innen der AfD sind, wie schon bei Landtagswahlen zuvor beobachtet, überwiegend zukunfts-skeptisch und in Sorge, dass anstehende Transformationen starke Veränderungen mit sich bringen könnten. Dies betrifft sowohl kulturelle, gesellschaftliche wie auch (weniger stark ausgeprägt) ökonomische Entwicklungen. Lediglich in Klimafragen zeigen sich gegenteilige Muster. Den Klimawandel sehen nur AfD-Anhänger/innen mehrheitlich als nicht bedrohlich an. Insofern sind die Muster auch in Brandenburg typisch und vor allem auf einer kulturell-gesellschaftlichen Konfliktachse zu verorten.

In Ergänzung zu diesen Mustern kamen bei den aktuellen Landtagswahlen in Ostdeutschland jedoch Debatten zum Tragen, die im Sommer die politische und mediale Debatte mitgeprägt haben – insbesondere die Ost-West-Frage sowie die Debatte um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Land. Dazu kommt die derzeit wieder stark diskutierte Frage nach Stadt-Land-Differenzen bzw. nach der Zukunftsfähigkeit strukturschwacher, meist ländlicher Regionen.

In der Ost-West-Frage zeigen sich klare Muster: Während Anhänger/innen von CDU und Grünen mehrheitlich nicht der Meinung sind, dass Ostdeutsche „an vielen Stellen immer noch Bürger zweiter Klasse“ seien, sehen dies die Anhänger/innen von AfD und Linke deutlich, von FDP und SPD moderat anders (Zustimmung: AfD 77, Linke 70, FDP 59, SPD 56 Prozent; Ablehnung CDU und Grüne je 57 Prozent). Die Ost-West-Frage spaltet also die Wählerschaft, während sie für die große Mehrheit eigentlich keine Rolle mehr spielt (73 Prozent bejahen folgende These: Die Ost-West-Unterscheidung spielt für mich keine Rolle mehr.). Auch hier

zeigen sich Widersprüchlichkeiten und emotionale Gegensätze, die auf vorrangig kulturell-emotionale Verwerfungen hinweisen – möglicherweise befördert von einem polarisierenden Wahlkampf, in dem etwa die AfD stark auf ein Gefühl der Benachteiligung Ostdeutschlands abzielte, um so – durchaus erfolgreich – Protestwähler/innen zu mobilisieren. Dies zeigt sich u.a. auch in der großen Zustimmung zur Frage, ob „Politik und Wirtschaft immer noch zu stark von Westdeutschen bestimmt“ würden – was 70 Prozent der Befragten eher bejahen (mehrheitlich ablehnend nur Anhänger/innen der CDU). Die im Wahlkampf von einigen Parteien forcierte innerdeutsche Spaltung scheint also durchaus wirksam zu sein und dürfte die gesamtgesellschaftliche Debatte auch weiterhin prägen.

In dieser Stimmungslage ist die Bewertung der Regierungstätigkeit durchwachsen. Während (bis auf AfD-Anhänger/innen) eine große Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Brandenburg herrscht, ist die Zufriedenheit mit der Landesregierung eher mäßig. Eine Mehrheit ist unzufrieden, im Vergleich mit den anderen Bundesländern (vor der jeweils letzten Wahl) rangiert die Regierung Woidke damit im unteren Drittel (zufrieden vs. unzufrieden 2019: 46 vs. 51 Prozent; 2014: 60 vs. 37 Prozent). Es herrscht dabei durchaus eine Wechselstimmung im Land, die Mehrheit wünscht sich keine weitere Führungsrolle der SPD in der Landesregierung. Die SPD hat, wie auch die Linke, durch ihre Regierungstätigkeit an Strahlkraft verloren – personell und konzeptionell-programmatisch, das zeigen die Zahlen sehr deutlich. Nur die Anhänger/innen der beiden Regierungsparteien wünschen sich vor der Wahl mehrheitlich weiterhin eine Führungsrolle der SPD.

Dennoch ist die Mehrheit mit dem Ministerpräsidenten zufrieden („guter Ministerpräsident“: 59 Prozent Zustimmung, zu 2014 allerdings -9 Prozentpunkte). Dietmar Woidke ist damit der mit Abstand beliebteste Politiker in Brandenburg (55 vs. 36 Prozent), auch wenn er deutlich hinter seinen Werten von 2017 zurückbleibt (70 Prozent). Dennoch ist der persönliche Beliebtheits- und Zufriedenheitsfaktor ein wesentlicher Grund dafür, dass die SPD im Wahlkampf-Endspurt noch einmal stark hinzugewinnen konnte.

Es bleibt aber eine spürbare Unzufriedenheit mit den (Regierungs-)Parteien im Land festzuhalten. Besonders augenscheinlich: 37 Prozent sehen keine Partei in der Lage, die besten Antworten für die Fragen der Zukunft zu haben. Am ehesten wird dies noch den Grünen (16 Prozent) oder der SPD (12 Prozent) zugetraut. Dies ist einerseits Ausdruck einer grundlegenden Skepsis gegenüber der Politikfähigkeit aller Parteien, andererseits aber auch Ausdruck einer Fragmentierung des Parteiensystems und eines Wahlkampfes, in dem gerade im Endspurt keine Sachthemen, sondern die Frage „SPD oder AfD“ die Debatten prägten. Es bleibt also abzuwarten, wie es gelingt, im Rahmen der anstehenden Sondierungen Vertrauen für die Zukunftsfähigkeit der neuen Regierung aufzubauen.

3.2 Themen und Kompetenzzuschreibung

Während die auch bundespolitisch aktuellen Themen viele Wähler/innen in Brandenburg vor der Wahl mit Sorge erfüllten (u.a. Bedrohung der Lebengrundlagen durch Klimawandel: 69 Prozent), spielen gerade hohe Zustimmungswerte zu kulturellen Fragen eine wichtige Rolle als Wegbereiter des Rechtspopulismus (zu starker Einfluss des Islams, Verlust der deutschen Kultur und Sprache).

Von dieser allgemeinen Themenagenda zu unterscheiden sind die Themen, die für die Wahlentscheidung selbst eine Rolle spielen (vgl. 4.1). Hier sind sowohl landestypische Themen (Bildung: 34 Prozent; Lebensverhältnisse Stadt/Land: 16 Prozent) wie auch bundesweite Themen von Bedeutung (Soziale Sicherheit: 28 Prozent; Umwelt/Klima, Kriminalität/innere Sicherheit, Wirtschaft/Arbeit: je 25 Prozent; Löhne/Rente: 23 Prozent; Zuwanderung: 15 Prozent). Dabei spiegelt sich die elektorale Fragmentierung auch in den Themen. Ein klar dominantes, für alle Wähler/innen entscheidendes Thema ist nicht auszumachen. Für Anhänger/innen der

SPD sind v.a. Soziale Sicherheit, Wirtschaft/Arbeit und Bildung entscheidend. Bei Anhänger/innen der AfD sind die Themen Zuwanderung und Kriminalität dominant, bei der CDU v.a. Bildung und Wirtschaft/Arbeit wichtig. Anhänger/innen der Grünen erachten v.a. Umwelt/Klima und mit Abstand Bildung als wichtig für ihre Wahlentscheidung, bei den Linken dominiert die Soziale Sicherheit, für die FDP-Anhänger/innen sind es ebenfalls Bildungsfragen und Wirtschaft/Arbeit. Dabei sind bei CDU und SPD die wahlentscheidenden Themen vielfältiger, die Wählerschaft also weiterhin thematisch breiter aufgestellt, wohingegen bei den anderen Parteien jeweils ein oder zwei Themen klar oder sehr klar dominieren – so wie etwa bei den Grünen, meist korrespondierend mit dem jeweiligen Markenkern und den Kompetenzzuschreibungen der Partei.

4 Wahlverhalten im Detail

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen, die in dieser Schnellanalyse nicht im Detail nachgezeichnet werden können. Gleichwohl können einzelne Aspekte herausgestellt werden (Datengrundlage: infratest dimap Exit Poll).

4.1 Motive der Wahlentscheidung

Im Vergleich zur Wahl 2014 ist nicht nur eine gestiegene Wahlbeteiligung bemerkenswert, sondern damit einhergehend auch ein stark gesteigener Anteil an Protestwähler/innen – also Wähler/innen, die ihre Wahlentscheidung nicht aus Überzeugung für eine Partei, sondern aus Enttäuschung gegenüber allen anderen Parteien treffen. Immerhin 37 Prozent aller Wähler/innen geben an, aus Enttäuschung ihre Wahlentscheidung getroffen zu haben. Dies trifft vor allem auf Wähler/innen von BVB/FW sowie AfD zu. Während die Freien Wähler traditionell als eher bürgerliche Alternative antreten, agiert die AfD hier explizit als rechte Protestpartei. Daraus darf nicht abgeleitet werden, dass AfD-Wähler/innen nicht auch die Positionen der AfD teilen: So befürworten 97 Prozent der AfD-Anhänger/innen eine Politik der nationalen Schließung, also eine restriktivere Begrenzung der Zuwanderung, und nur 37 Prozent vertreten die Auffassung, dass die AfD sich nicht ausreichend von rechtsextremen Positionen abgrenzen würde (infratest dimap Vorwahlbefragung). Diese Beispiele verdeutlichen die Rolle der AfD: Zwar wird die Partei überwiegend aus Protest gewählt, ihre Wähler/innen teilen aber dabei durchaus die von ihr vertretenen Positionen.

Diesen Eindruck bekräftigen auch weitere Daten zur Wahlentscheidung: Für die große Mehrheit der Wähler/innen sind Sachfragen der zentrale Entscheidungsgrund, nur bei der SPD ist mit 27 Prozent der Spitzenkandidat von ebenfalls entscheidender Bedeutung – was der Beliebtheit des SPD-Ministerpräsidenten (im Gegensatz zu seiner Partei, vgl. 3.1) zuzuschreiben ist.

Tabelle 2: Motive der Wahlentscheidung

	Gesamt		SPD		AfD		CDU		Grüne		Linke		BVB / FW		FDP	
Wahl aus...																
Überzeugung	56	-8	66	-8	36	+4	65	-4	72	0	67	-1	31	-4	45	-4
Enttäuschung	37	+8	26	+7	56	-7	29	+6	23	-1	26	0	64	+6	49	+10
Wahl wegen...																
Spitzenkandidat/in	15	-5	27	-6	11	+3	14	-5	7	-2	11	-2	15	-1	11	-6
Sachfragen	62	+6	41	+1	74	-8	51	+1	80	+6	63	+1	76	+6	68	+15
Parteibindung	18	-2	25	+3	7	+1	29	+3	12	-3	23	+1	4	-4	18	-10

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2014 in Prozentpunkten; Fragen: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind / von anderen enttäuscht sind? Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten? Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

4.2 Wählerwanderung

Eine detaillierte Darstellung der Wählerwanderung anhand des Modells von infratest dimap ist im Anhang aufgeführt. Zusammengefasst ist festzuhalten, dass alle Parteien von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren – selbst CDU und Linke, die in absoluten Zahlen an Stimmen verloren haben. Insbesondere die AfD konnte frühere Nichtwähler/innen zum Urnengang motivieren, gefolgt von SPD und CDU. Die SPD verlor gleichwohl an viele Wettbewerber, vor allem an AfD, in geringerem Umfang auch an die Kleinstparteien und Grüne. Die AfD profitierte vom Wechsel früherer Wähler/innen von CDU, SPD und Linke, sowie von Zugezogenen. Die CDU verlor an alle Wettbewerber, vor allem an die AfD, in geringerem Umfang auch BVB/Free Wähler und Grüne. Die Grünen profitierten vom Wechsel früherer Wähler/innen von den Linken und in geringerem Maße von SPD und CDU. Noch bedeutsamer waren für die Grünen die Mobilisierung früherer Nichtwähler/innen, die Ansprache von Neu-Brandenburger/innen sowie

Erstwähler/innen. Die Linke verlor an nahezu alle Wettbewerber, vor allem an die SPD, in geringerem Umfang auch an AfD und Grüne. Entsprechend zur Wählerstruktur sind bei SPD, Linken und CDU zudem auch bei dieser Wahl Alterungseffekte bzw. altersbedingte Wähler/innen-Verluste evident. Die Überalterung der Wählerschaft verstärkt die Krise dieser Parteien, wohingegen vor allem die Grünen junge Wähler/innen gewinnen konnten.

4.3 Soziodemographische Befunde

Aus soziodemografischer Perspektive lassen sich mehrere Verschiebungen durch die Zugewinne der AfD feststellen: So konnte die Partei vor allem Arbeitslose und Arbeiter/innen von SPD und Linke sowie Selbständige von der CDU gewinnen. Die AfD wird damit vor allem im mittleren, aber auch im niedrigen Bildungsniveau unterstützt. Ihre Kernmilieus sind mittelalte, männliche Wähler. Demgegenüber reüssieren die Grünen gerade bei jüngeren Wähler/innen, während die älteren Wähler/innen weiterhin stark CDU und SPD wählen. Frauen wählen dabei überdurchschnittlich Grüne und SPD. Die parteilichen Spaltungen sind also durchaus auch entlang soziodemografischer Spaltungslinien abzutragen – es handelt sich tatsächlich um eine fragmentierte Gesellschaft, die ihre Fragmentierung auch in der Wahlkabine zum Ausdruck bringt.

Alter. In den Wahlergebnissen nach Altersgruppen finden sich drei Muster: Erstens eine alte und älter werdende Wählerschaft für CDU und SPD, zweitens eine junge Wählerschaft für FDP und Grüne, wobei letztere unter den Senior/innen ein großes Wachstum auf niedrigem Niveau verzeichnen, sowie drittens eine mittelalte Basis für die AfD bei schwächerem Ergebnis unter den älteren und ganz jungen, welche dafür stärker zur Linkspartei tendieren. Zunächst steigt der Stimmenanteil für SPD und CDU mit dem Alter stetig an, von 12 Prozent unter den 16-24jährigen auf 36 Prozent in der Altersgruppe 60+ für die SPD bzw. von 9 Prozent auf 17 Prozent für die CDU. Dabei fielen die Stimmenanteile in den jüngeren Generationen gegenüber der letzten Wahl am stärksten. Für diese beiden Parteien ist – wie bereits erwähnt – auch die Parteibindung stärker entscheidend als bei anderen Wähler/innen und der Saldo aus Erstwähler/innen und verstorbenen Wähler/innen negativ. Eine genau umgekehrte Verteilung der Wahlergebnisse nach Alter liegt für Grüne und FDP vor. Der FDP-Stimmenanteil sinkt von 6 Prozent in der jüngsten stetig auf 3 Prozent in der ältesten Altersgruppe. Die Grünen wurden von 27 Prozent der 16-24jährigen gewählt, dieser Anteil sinkt über die Altersgruppen stetig bis auf 7 Prozent in der Gruppe 60+. Dabei konnten die Grünen ihr Ergebnis der letzten Landtagswahl bei den unter 34jährigen und den über 60jährigen verdoppeln, während die Zuwächse in den mittleren Gruppen etwas moderater ausfielen. Zuletzt schneidet die Linke in den mittleren Altersgruppen auch absolut etwas schlechter ab (8 - 9 Prozent) und bei den ganz jungen (11 Prozent) bzw. den älteren Wähler/innen (13 Prozent) etwas besser. Die AfD hingegen ist bei den mittleren Altersgruppen weit stärker (27 - 30 Prozent) als bei den jungen und alten Wähler/innen (jeweils 18 Prozent).

Geschlecht. Weitaus am stärksten sind die Gender-Unterschiede in der AfD-Wählerschaft, bei 17 Prozent Anteil unter den Frauen und 30 Prozent Anteil unter Männern. Wie bereits angedeutet sind es vor allem mittelalte Männer, die AfD wählen; unter den 25-44jährigen Männern sind es 37 Prozent, und 34 Prozent bei den 45-59jährigen. In diesen drei Gruppen konnte die Partei auch ihre stärksten Zugewinne mit 18 - 19 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Wahl erzielen. Im Gegensatz dazu ist der Anteil an Frauen an den SPD-Wähler/innen 5 Prozentpunkte höher und bei den Grünen 2 Prozentpunkte höher. Die übrigen Parteien haben eine nahezu gleich starke Unterstützung von Frauen und Männern. Die Altersverteilung der FDP-Wählerschaft liegt dabei vor allem am überdurchschnittlichen Erfolg bei jungen Männern (8 Prozent gegenüber 4 Prozent bei gleichaltrigen Frauen und 3 Prozent in der gesamten Altersgruppe über 60) bei einer etwas stärkeren Unterstützung durch Frauen in den höheren Altersgruppen.

Beruf. Die Stärke der SPD in den älteren Altersgruppen schlägt sich auch im entsprechenden Anteil unter den Rentner/innen (39 Prozent) nieder, der weit vor dem Anteil unter beispielsweise Angestellten (22 Prozent), Arbeiter/innen (20 Prozent) und Beamten/innen liegt (19 Prozent). Für die CDU ist der Anteil unter Rentner/innen geringer (17 Prozent), sie ist vor allem unter den Beamten/innen und Selbständigen stark (24 Prozent bzw. 22 Prozent), auch wenn er für letztere bei der Wahl vor 5 Jahren noch 14 Prozentpunkte höher lag. Im Gegensatz dazu legte der Anteil für die AfD unter den Selbständigen um 17 Prozentpunkte auf 34 Prozent zu; auch unter den Beamten/innen stieg der Anteil um 15 Prozentpunkte. Noch größer sind die Verschiebungen in den Gruppen der Arbeiter/innen und Arbeitslosen von SPD und Linke (jeweils um 9-12 Prozentpunkte geringer) hin zur AfD: Sie erlangte 44 Prozent aller Stimmen von Arbeiter/innen (+25 Prozentpunkte) und 43 Prozent der Stimmen von Arbeitslosen (+29 Prozentpunkte). Den niedrigsten Anteil hat die Partei unter den Rentner/innen, hier sind es nur 15 Prozent. Die Grünen wurden nur von wenigen Arbeiter/innen, Arbeitslosen und Rentner/innen gewählt (4 - 7 Prozent), bei Letzteren konnten sie jedoch analog zur Entwicklung in den Altersgruppen um 4 Prozentpunkte zulegen. Noch größer waren die Zugewinne unter den Angestellten (+6 Prozentpunkte auf 14 Prozent), Selbständigen (13 Prozent) und zuletzt Beamten/innen (10 Prozent).

Bildung. Eng mit dieser Verteilung hängen die Stimmenanteile in den unterschiedlichen Bildungsgraden zusammen. Für die Grünen sind die Anteile und Zuwächse unter den Hochgebildeten am größten (+6 Prozentpunkte auf 16 Prozent) und unter den niedrig gebildeten am tiefsten (+3 Prozentpunkte auf 5 Prozent); ähnlich ist es bei der FDP. Ein ähnliches, wenn auch schwächeres Muster in den Anteilen findet sich für die Linke, bei etwas stärkeren Verlusten unter den Niedrig- als unter den Hochgebildeten. Auch für die SPD waren die Verluste hier am größten (-11 Prozentpunkte), sie bleibt jedoch vor allem in dieser Gruppe stark. Die AfD hat ihre größten Anteile hingegen unter den mittelgebildeten (29 Prozent), auch wenn die Zuwächse um 18 Prozent auf 26 Prozent in der Gruppe der niedriggebildeten etwas höher waren. Die CDU ist in allen drei Gruppen gleich stark.

Wirtschaftliche Lage. Nur zwei Parteien sind unter den wirtschaftlich unzufriedenen stärker vertreten als unter den zufriedenen Wähler/innen. Bei der Linken ist der Anteil unter den Unzufriedenen (13 Prozent) leicht höher als unter den Zufriedenen (10 Prozent) und hat sich im Vergleich zur letzten Wahl halbiert. Nicht nur diese Zuwächse (+24 Prozentpunkte auf 39 Prozent unter den Unzufriedenen) konnte die AfD verbuchen, sondern auch einen steigenden Stimmenanteil unter den Unzufriedenen (auf 21 Prozent). Alle anderen Parteien haben unter den Zufriedenen mehr Wähler/innen als unter den Unzufriedenen, bei Differenzen von 7 - 8 Prozentpunkten für SPD und CDU und gleichmäßigen Zuwächsen um 4 Prozentpunkte in beiden Gruppen auf jetzt 11 Prozent und 8 Prozent für die Grünen.

4.4 Regionale Befunde

Am stärksten zwischen den Regionen polarisiert sind die Stimmenanteile von Grünen und AfD. Dabei konnte die AfD enorme Zugewinne bei gleichzeitigen Verlusten von CDU und SPD in den schrumpfenden Regionen und Braunkohlegebieten verbuchen, während die Grünen im Berliner Umland und den wachsenden Regionen stark sind, bei gleichzeitigen entsprechenden Verlusten der Linken. Geografisch schlägt sich diese Polarisierung auch in den Direktmandaten nieder: So konnte die AfD westlich von Berlin kein einziges Direktmandat erlangen – im Gegensatz zu den Grünen mit dem Direktmandat in Potsdam – während sie nördlich und vor allem südlich und östlich von Berlin 15 von 30 Direktmandate gewann.

SPD, CDU und auch FDP haben sowohl in den Braunkohleregionen als auch in den stark schrumpfenden Regionen ein kleines bisschen mehr Unterstützung als im Berliner Umland und den wachsenden Regionen. Dieser Unterschied war für CDU und SPD bei der letzten

Wahl noch größer, sie haben in den entsprechenden Regionen überdurchschnittlich viele Stimmen verloren. Die FDP konnte hier hingegen stärker zulegen als im Berliner Umland und den wachsenden Regionen.

Der weitaus größere Profiteur ist hingegen die AfD, sie legte auf 29 Prozent (schrumpfende Regionen, +16 Prozentpunkte) bis 31 Prozent (Braunkohlegebiete, +18,5 Prozentpunkte) zu, während sie im Berliner Umland und den wachsenden Regionen weniger stark auf 19 Prozent-20 Prozent zulegen konnte.

Linke und Grüne sind wiederum im Berliner Umland und den wachsenden Regionen stärker, erstere jedoch nur leicht. Die weit überdurchschnittlichen Zuwächse für die Grünen von jeweils 6 Prozentpunkten auf 14 - 15 Prozent in den jeweiligen Regionen dürften dabei auch mit den entsprechenden Verlusten der Linken zusammenhängen, diese betragen 8 bis 9 Prozentpunkte und damit knapp 1-2 Punkte mehr als in Braunkohlegebiete und stark schrumpfenden Regionen.

5 Anhang: Wählerwanderung im Detail

Wählerwanderung SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	20.000	14.000	6.000
LINKE	30.000	11.000	19.000
AfD	2.000	14.000	-12.000
GRÜNE	9.000	17.000	-8.000
BVB/FW	2.000	6.000	-4.000
Andere	3.000	9.000	-6.000
Parteien (Summe)	66.000	71.000	-5.000
Nichtwähler/innen	65.000	19.000	46.000
Erstwähler/Verstorbene	7.000	32.000	-25.000
Zu-/Fortgezogene	17.000	15.000	2.000
Weitere Gruppen (Summe)	89.000	66.000	23.000
Wählerströme insgesamt	155.000	137.000	18.000
Wählerstamm	178.000	178.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	333.000	315.000	18.000

Wählerwanderung CDU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	14.000	20.000	-6.000
LINKE	4.000	5.000	-1.000
AfD	1.000	29.000	-28.000
GRÜNE	0	7.000	-7.000
BVB/FW	1.000	8.000	-7.000
Andere	4.000	8.000	-4.000
Parteien (Summe)	24.000	77.000	-53.000
Nichtwähler/innen	43.000	11.000	32.000
Erstwähler/Verstorbene	4.000	18.000	-14.000
Zu-/Fortgezogene	18.000	13.000	5.000
Weitere Gruppen (Summe)	65.000	42.000	23.000
Wählerströme insgesamt	89.000	119.000	-30.000
Wählerstamm	108.000	108.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	197.000	227.000	-30.000

Wählerwanderung LINKE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	11.000	30.000	-19.000
CDU	5.000	4.000	1.000
AfD	1.000	12.000	-11.000
GRÜNE	1.000	13.000	-12.000
BVB/FW	0	5.000	-5.000
Andere	1.000	5.000	-4.000
Parteien (Summe)	19.000	69.000	-50.000
Nichtwähler/innen	24.000	11.000	13.000
Erstwähler/Verstorbene	5.000	17.000	-12.000
Zu-/Fortgezogene	11.000	10.000	1.000
Weitere Gruppen (Summe)	40.000	38.000	2.000
Wählerströme insgesamt	59.000	107.000	-48.000
Wählerstamm	76.000	76.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	135.000	183.000	-48.000

Wählerwanderung AfD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	14.000	2.000	12.000
CDU	29.000	1.000	28.000
LINKE	12.000	1.000	11.000
GRÜNE	2.000	0	2.000
BVB/FW	3.000	1.000	2.000
Andere	6.000	3.000	3.000
Parteien (Summe)	66.000	8.000	58.000
Nichtwähler/innen	115.000	8.000	107.000
Erstwähler/Verstorbene	8.000	8.000	0
Zu-/Fortgezogene	19.000	7.000	12.000
Weitere Gruppen (Summe)	142.000	23.000	119.000
Wählerströme insgesamt	208.000	31.000	177.000
Wählerstamm	89.000	89.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	297.000	120.000	177.000

Wählerwanderung GRÜNE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	17.000	9.000	8.000
CDU	7.000	0	7.000
LINKE	13.000	1.000	12.000
AfD	0	2.000	-2.000
BVB/FW	1.000	2.000	-1.000
Andere	3.000	4.000	-1.000
Parteien (Summe)	41.000	18.000	23.000
Nichtwähler/innen	22.000	1.000	21.000
Erstwähler/Verstorbene	15.000	2.000	13.000
Zu-/Fortgezogene	24.000	6.000	18.000
Weitere Gruppen (Summe)	61.000	9.000	52.000
Wählerströme insgesamt	102.000	27.000	75.000
Wählerstamm	34.000	34.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	136.000	61.000	75.000

Wählerwanderung BVB/FW

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	9.000	3.000	6.000
CDU	8.000	4.000	4.000
LINKE	5.000	1.000	4.000
AfD	3.000	6.000	-3.000
GRÜNE	4.000	3.000	1.000
Andere	1.000	3.000	-2.000
Parteien (Summe)	30.000	20.000	10.000
Nichtwähler/innen	31.000	5.000	26.000
Erstwähler/Verstorbene	10.000	2.000	8.000
Zu-/Fortgezogene	11.000	6.000	5.000
Weitere Gruppen (Summe)	52.000	13.000	39.000
Wählerströme insgesamt	82.000	33.000	49.000
Wählerstamm	22.000	22.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	104.000	55.000	49.000

Quelle: ARD/InfraTest dimap Wahlberichterstattung.

Der Autor

Dr. Sebastian Bukow ist Referent für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind insbesondere Parteiorganisations-, Parteiensystem- und Parlamentsforschung. Darüber hinaus ist Sebastian Bukow u.a. als Sprecher des AK Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft engagiert sowie Research Fellow am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung Düsseldorf.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow **E** bukow@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

DOI: <https://doi.org/10.25530/03552.34>

Erscheinungsdatum: September 2019

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.